

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHENBERICHT

32. Jahrgang

Berlin, den 13. August 1965

A 22127 C

Nummer 33

Zur Investitionstätigkeit der Wirtschaftsbereiche in der Bundesrepublik

Die Kenntnis der Zusammensetzung und Entwicklung der Anlageinvestitionen und des Anlagevermögens ist für die Diagnose und Prognose des Wirtschaftsgeschehens heute unentbehrlich. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat daher bereits frühzeitig großes Gewicht auf die Analyse dieser Zusammenhänge gelegt. Allerdings blieben die Arbeiten auf diesem Gebiet bisher vornehmlich auf die Industriebereiche und -zweige beschränkt, für die schon seit Jahren eine detaillierte Investitions- und Vermögensrechnung bereitgestellt wird¹⁾. In einer bereits abgeschlossenen Untersuchung²⁾ ist der Versuch unternommen worden, Investitionsgrößenordnungen auch für diejenigen Wirtschaftsbereiche abzugreifen, über deren Investitionstätigkeit bisher keine oder nur unzulängliche Vorstellungen vorhanden waren.

Die Untersuchung enthält Zeitreihen von 1950 bis 1963 zur Investitionstätigkeit von etwa 30 Wirtschaftsbereichen, so daß bei Einbeziehung der Investitionsrechnungen für die Industriezweige nunmehr Investitionsdaten für etwa 65 Wirtschaftsbereiche vorliegen. Es ist beabsichtigt, eine detaillierte Untersuchung auch für die Entwicklung des Anlagevermögens dieser Bereiche zu veröffentlichen³⁾.

¹⁾ Zuletzt in „Produktionsvolumen und Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland“, Zusammenstellung industriestatistischer Kennziffern, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1964.

²⁾ W. Kirner: „Ermittlung von Investitionsgrößenordnungen für Wirtschaftsbereiche“, erscheint in Kürze als Sonderheft Nr. 71 des DIW.

³⁾ Vgl. hierzu auch W. Kirner: „Struktur und Strukturveränderungen des Anlagevermögens in der Bundesrepublik im Zeitraum von 1950 bis 1960“, in: Wandlungen der Wirtschaftsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Neue Folge, Band 26, Berlin 1962.

Brutto-Anlageinvestitionen¹⁾ der Wirtschaftsbereiche in Mrd. DM zu jeweiligen Preisen

	1950	1960	1961	1962	1963	1964
Land- und Forstwirtschaft ²⁾	1,5	4,9	5,6	5,7	5,5	6,3
Bergbau und Energiewirtschaft	1,9	5,1	5,5	6,1	6,3	7,0
Verarbeitendes Gewerbe	4,5	18,2	21,2	22,4	21,8	23,7
Baugewerbe	0,3	2,5	3,0	3,7	4,0	4,6
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung Handel, Kreditinstitute, Versicherungs- gewerbe u. sonst. Dienstleistg.	1,9	5,7	6,7	7,3	8,0	8,8
Wohnungsvermietung ³⁾	2,1	9,9	10,8	12,4	13,5	15,6
Staat ⁴⁾	4,3	15,7	17,8	19,8	20,9	24,4
Alle Wirtschaftsbereiche	1,8	9,4	10,8	13,4	15,6	18,8
Alle Wirtschaftsbereiche	18,3	71,4	81,4	90,8	95,6	109,2

Gebietsstand: 1950 Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin (West); ab 1960 Bundesgebiet einschl. Saarland und Berlin (West).
¹⁾ Käufe von Anlagen ohne Berücksichtigung von Verschrottungen. Angaben für 1964 vorläufig. — ²⁾ Einschl. Fischerei, gewerbliche Gärtnerei und Tierhaltung. — ³⁾ Einschließlich Eigentümerwohnungen. — ⁴⁾ Einschließlich der über den Kreditmarkt finanzierten Straßenbauinvestitionen der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG (Öffa).

Um den Spielraum für die Auswertung der Ergebnisse möglichst groß zu halten, wurden Begriffsbildung, Systematik der Wirtschaftsbereiche und Dimensionierung der Eckzahlen den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes angepaßt, eine Konzession an ein einheitliches Datensystem, die für die Verbreitung der „makro-ökonomischen Sprache“ in der Bundesrepublik wohl notwendig ist. Die Verknüpfung mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eröffnete gleichzeitig die Möglichkeit, die vorhandenen Angaben über die Lieferstruktur der Anlageinvestitionen auszuwerten und in einer Kontrollrechnung die ermittelten nominalen Investitionsreihen für die investierenden Wirtschaftsbereiche in Lieferströme aufzulösen und in der Form von Verflechtungsbilanzen für ausgewählte Jahre darzustellen.

Daten zur Entwicklung der Brutto-Anlageinvestitionen zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche

Wirtschaftsbereich	Anlaufphase 1951/52	Expansions- phase ¹⁾ 1953/55	Abschwä- chungsphase 1956/58	Expansions- phase ¹⁾ 1959/61	Abschwä- chungsphase 1962/63	Expansionsphase ¹⁾	
						1964	1965
Durchschnittliche Wachstumsrate in vH ²⁾							
Land- und Forstwirtschaft	+19	+12	+ 8	+15	- 1	+15	.
Bergbau und Energiewirtschaft	+23	+12	+ 2	+ 3	+ 7	+11	.
Verarbeitendes Gewerbe	+20	+19	+ 5	+17	+ 1	+ 9	.
Baugewerbe	+18	+34	+ 9	+29	+15	+15	.
Warenproduzierendes Gewerbe, gesamt	+21	+17	+ 5	+15	+ 3	+11	+15
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+14	+21	+ 6	+ 8	+ 9	+10	.
Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und sonst. Dienstleistungen	+ 7	+16	+18	+17	+12	+15	.
Handel, Verkehr und Dienstleistungen	+11	+19	+12	+13	+11	+13	+11
Unternehmen ohne Wohnungsvermietung	+14	+17	+ 7	+14	+ 6	+11	+14
Wohnungsvermietung	+20	+14	+ 6	+15	+ 8	+17	.
Staat	+23	+18	+11	+18	+20	+21	.
Alle Wirtschaftsbereiche	+19	+17	+ 7	+15	+ 8	+14	+12,5
Zum Vergleich: Bruttosozialprodukt	+18	+10	+ 9	+10	+ 7	+10	+10
Durchschnittliche Struktur in vH							
Land- und Forstwirtschaft	8	7	7	7	6	6	.
Bergbau und Energiewirtschaft	11	11	9	7	7	6	.
Verarbeitendes Gewerbe	25	25	25	25	24	22	.
Baugewerbe	2	2	3	4	4	4	.
Warenproduzierendes Gewerbe, gesamt	46	45	44	43	41	38	39
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	10	11	10	8	8	8	.
Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und sonst. Dienstleistungen	10	9	12	13	14	14	.
Handel, Verkehr und Dienstleistungen	20	20	22	21	22	22	22
Unternehmen ohne Wohnungsvermietung	66	65	66	64	63	60	61
Wohnungsvermietung	24	24	22	22	22	23	.
Staat	10	11	12	14	15	17	.
Alle Wirtschaftsbereiche	100	100	100	100	100	100	100
Gebietsstand: Bis 1961 Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin (West), ab 1962 einschließlich Saarland und Berlin (West).							
¹⁾ Als Expansionsphasen werden Perioden bezeichnet, in denen die durchschnittliche Wachstumsrate der gesamten Anlageinvestitionen zwei oder mehr Punkte von der durchschnittlichen Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts nach oben abweicht; Angaben für 1964 vorläufig, für 1965 geschätzt —							
²⁾ Die Ziffern wurden halbfett gesetzt, wenn die durchschnittliche Wachstumsrate zwei oder mehr Punkte von der durchschnittlichen Wachstumsrate der gesamten Anlageinvestitionen nach oben abweicht.							

In der folgenden Übersicht sind einige Daten zur Entwicklung der Investitionstätigkeit der Wirtschaftsbereiche zusammengestellt und durch vorläufige Ergebnisse für das Jahr 1964 sowie eine Schätzung für das Jahr 1965 ergänzt worden. Im Jahre 1964 wurden von allen Wirtschaftsbereichen insgesamt 109 Mrd. DM für Anlageinvestitionen ausgegeben. Auch wenn man die Gebietsstandsveränderungen von 1960 an berücksichtigt, ist das mehr als das Fünfeinhalbfache des Jahres 1950, in dem nur reichlich 18 Mrd. DM investiert wurden. Der Anteil der Brutto-Anlageinvestitionen am Bruttosozialprodukt erhöhte sich in diesem Zeitraum von knapp 19 vH auf reichlich 26 vH.

Die Verlagerung der Einkommensströme zu den Anlageinvestitionen hat sich in dieser Zeit nicht kontinuierlich vollzogen. Perioden einer überdurchschnittlich expandierenden Investitionstätigkeit haben mit Perioden abgewechselt, in denen die Entwicklung von Gesamtnachfrage und Investitionen parallel verlief. Stark zugenommen hat die

Anlageinvestitionsquote erstmalig zwischen 1953 und 1955. Bereits 1955 wurden nicht ganz 23 vH des Bruttosozialprodukts von den Ausgaben für Anlageinvestitionen in Anspruch genommen. Am Ende der zweiten Verlagerungsphase, 1961, betrug die Anlageinvestitionsquote bereits knapp 25 vH. Eine dritte Phase rascher als das Sozialprodukt wachsender Investitionsausgaben ist 1964 eingeleitet worden, die sich aller Voraussicht nach in diesem Jahr fortsetzen wird.

Die einzelnen Wirtschaftsbereiche haben in den verschiedenen Phasen der Entwicklung nicht immer in gleichem Maße zum Wachstum der gesamten Investitionen beigetragen. In allen Phasen stimulierend wirkte nur die ständig überdurchschnittliche Expansion der staatlichen Investitionstätigkeit. Seit dem Ende des ersten Investitionsbooms (1955) sind auch von den Handels- und Dienstleistungsbereichen in engerem Sinne kaum unterbrochene expansive Impulse ausgegangen. Sie haben — im Gegensatz zur Entwicklung im warenproduzierenden Gewerbe

— vor allem auch in Phasen einer insgesamt schwächeren Investitionsentwicklung angehalten und so — zusammen mit den staatlichen Investitionen — auf eine kontinuierliche Entwicklung der Gesamtinvestitionen hingewirkt.

Anders verlief der Rhythmus der Investitionstätigkeit im warenproduzierenden Gewerbe, und hier insbesondere im verarbeitenden Gewerbe, dessen Investitionstempo — bisher jedenfalls — auch die gesamtwirtschaftlichen Investitionsphasen gekennzeichnet hat. Hier heben sich deutlich akzentuierte Expansionsperioden von stärkeren Abschwächungsphasen ab, in denen sich die Investitionen zeitweise sogar rückläufig entwickelt haben.

Eine Sonderstellung nimmt innerhalb der warenproduzierenden Bereiche das Baugewerbe ein, ein Bereich, der in sehr raschem Tempo die Entwicklung von einer vornehmlich handwerklichen Produktionsweise zu industriellen Fertigungsmethoden durchgemacht und Anlagevermögen in nennenswertem Umfang in dieser Zeit überhaupt erst gebildet hat, dessen Investitionsausgaben daher teilweise auch exorbitante Wachstumsraten aufzuweisen hatten. Dieses Stadium scheint jedoch nunmehr weitgehend abgeschlossen zu sein, die Phase extensiven Investitionswachstums durch eine Intensivierung bei einem sehr viel ruhigerem Wachstumstempo der Investitionstätigkeit abgelöst zu werden.

Das in Expansionsphasen bisher immer überdurchschnittliche Wachstumstempo der Investitionstätigkeit im verarbeitenden Gewerbe hat jedoch nicht ausgereicht, den noch bis in die zweite Hälfte des vergangenen Jahrzehnts weitgehend konstanten Anteil der warenproduzierenden Bereiche an den

gesamten Investitionsausgaben von etwa 45 vH aufrechtzuerhalten. 1964 entfielen nur noch 38 vH auf diese Bereiche. Der Verlust ging zwar vornehmlich zu Lasten der Landwirtschaft, des Bergbaus und der Energiewirtschaft, betraf aber auch das verarbeitende Gewerbe, dessen Anteil zu Beginn der gegenwärtigen Expansionsphase nur noch 22 vH gegenüber 25 vH in der Zeit bis 1961 betrug. Begünstigte Bereiche waren der Staat und die Handels- und Dienstleistungsbereiche, deren Anteile in dieser Zeit von 12 vH auf 15 vH bzw. von 12 vH auf 17 vH zugenommen haben.

Die gegenwärtige Expansion der Investitionstätigkeit ist, ähnlich wie die beiden vorangegangenen, nicht vom verarbeitenden Gewerbe eingeleitet worden, sondern auf das rasche Wachstum der Investitionen in den Handels- und Dienstleistungsbereichen, den Bereich Wohnungsvermietung und den staatlichen Bereich zurückzuführen. Das Investitionswachstum in diesen Bereichen hat ausgereicht, ein überdurchschnittliches Wachstum auch der gesamten Anlageinvestitionen im vergangenen Jahr zu sichern.

1965 wird sich das Schwergewicht der expansiven Investitionsimpulse wieder stärker zum verarbeitenden Gewerbe verlagern. Im Wohnungsbau dürfte das von Saisonfaktoren beeinflusste Wachstumstempo des vergangenen Jahres auch nicht mehr annähernd erreicht werden. Voraussetzung für eine Fortsetzung der expansiven Phase der gesamten Investitionstätigkeit bleibt jedoch auch in diesem Jahr die anhaltende Investitionsbereitschaft der Handels- und Dienstleistungsbereiche und des Staates, die heute bereits ein knappes Drittel der gesamten Investitionsausgaben auf sich vereinigen.

Zur Entwicklung der französischen Zahlungsbilanz in den Jahren 1962 bis 1964

Die Zahlungsbilanz der Franc-Zone, zu der außer dem französischen Mutterland die überseeischen Gebiete mit Franc-Währung gehören, hat in jedem Jahr seit der Abwertung im Dezember 1958 mit einem Überschuß abgeschlossen. Nach vorläufigen Schätzungen haben sich die öffentlichen Währungsreserven 1964 um 646 Mill. \$ erhöht. Dieser Überschuß war zwar geringer als derjenige des Vorjahres, erreichte jedoch annähernd den Devisenzugang vom Jahr 1962 und erscheint im Vergleich zu dem wichtigsten Handelspartner Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschland (Devisenzugang 3 Mill. \$), beachtlich. Frankreichs gesamte Währungsreserven, von denen gegenwärtig ungefähr

83 vH in Gold gehalten werden, erreichten Ende Juni eine Höhe von 5351 Mill. \$. Damit hat Frankreich nach der Bundesrepublik, deren Währungsreserven zu diesem Zeitpunkt 6393 Mill. \$ betragen, den höchsten Devisenbestand aller europäischen Industrieländer.

Angesichts dieses günstigen Ergebnisses wirkt es zunächst überraschend, daß in letzter Zeit Stimmen der Beunruhigung über die französische Zahlungsbilanzsituation laut geworden sind. Die Gründe hierfür sind vornehmlich in der veränderten Zusammensetzung des Zahlungsbilanzsaldos zu suchen, d. h. in den Veränderungen der Teilbilanzen.

**Die Zahlungsbilanz Frankreichs und der zur Franc-Zone gehörenden überseeischen Gebiete
in den Jahren 1962 bis 1964**
in Mill. \$

	1962			1963			1964 ²⁾		
	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
A. Bilanz d. lauf. Posten	8 211,2	7 367,6	843,6	9 329,4	8 818,6	510,8	10 566,2	10 479,4	86,8
Leistungsbilanz	8 040,0	7 252,1	787,9	9 154,7	8 771,1	383,6	10 400,8	10 415,9	— 15,1
1. Handelsbilanz	5 864,4	5 363,8	500,6	6 745,1	6 568,2	176,9	7 587,3	7 700,4	— 113,1
2. Dienstleistungsbilanz	2 175,6	1 888,3	287,3	2 409,6	2 202,9	206,7	2 813,5	2 715,5	98,0
davon: Reiseverkehr	639,5	441,5	198,0	716,8	595,9	120,9	816,4	785,6	30,8
Kapitalerträge	223,2	162,5	60,7	235,0	183,8	51,2	297,5	240,6	56,9
Arbeitsentgelte	37,8	185,7	— 147,9	42,2	246,7	— 204,5	49,2	280,5	— 231,3
3. Bilanz d. Übertragungen . . .	171,2	113,5	55,7	174,7	47,5	127,2	165,4	63,5	101,9
privat	137,8	22,6	115,2	140,8	27,0	113,8	163,2	36,9	126,3
öffentlich	33,4	92,9	— 59,5	33,9	20,5	13,4	2,2	26,6	— 24,4
B. Kapitalbilanz	1 578,4	1 936,7	— 358,3	1 741,6	1 536,6	205,0	1 811,1	1 574,9	236,2
1. Langfrist. Kapitalleistungen	1 257,6	1 577,8	— 320,2	1 305,7	1 219,0	86,7	1 507,5	1 041,4	466,1
privat	1 254,4	852,8	401,6	1 301,4	785,8	515,6	1 492,8	944,4	548,4
Inländer	391,3	454,7	— 63,4	499,2	440,3	58,9	603,1	604,9	— 1,8
Ausländer	863,1	398,1	465,0	802,2	345,5	456,7	889,7	339,5	550,2
öffentlich	3,2	725,0	— 721,8	4,3	433,2	— 428,9	14,7	97,0	— 82,3
2. Kurzfrist. Kapitalleistungen	320,8	358,9	— 38,1	435,9	317,6	118,3	303,6	533,5	— 229,9
privat	320,8	346,9	— 26,1	435,9	305,6	130,3	303,6	364,9	— 61,3
Inländer	283,2	346,9	— 63,7	391,3	305,6	85,7	268,8	364,9	— 96,1
Ausländer	37,6	—	37,6	44,6	—	44,6	34,8	—	34,8
öffentlich ¹⁾	—	12,0	— 12,0	—	12,0	— 12,0	—	168,6	— 168,6
C. Restposten	42,3	4,2	38,1	44,3	47,8	— 3,5	63,2	—	63,2
D. Saldo der Auslandstransaktionen der Überseegebiete	137,6	.	.	131,9	.	.	259,8
E. Saldo der Devisenbilanz ²⁾	661,0	.	.	844,2	.	.	646,0

¹⁾ Veränderung der Position gegenüber dem Internationalen Währungsfonds. — ²⁾ Veränderung der offiziellen Währungsreserven (Zunahme: +). — ³⁾ Vorläufige Zahlen.
Quelle: Ministère des Finances, Statistiques et Etudes Financières.

Die Leistungsbilanz

Auffallend ist die Verschlechterung der Leistungsbilanz Frankreichs¹⁾ in den letzten beiden Jahren. Der Überschuß hatte 1962 noch 788 Mill. \$ betragen und ist 1963 um mehr als die Hälfte zurückgegangen; 1964 wurde die Leistungsbilanz erstmals seit 1958 defizitär. Zu dieser Entwicklung hat weniger die Dienstleistungsbilanz, deren Überschuß sich ebenfalls vermindert hat, als die Handelsbilanz beigetragen.

1962 machte der Saldo der Handelsbilanz mit rund 500 Mill. \$ noch reichlich 75 vH des Gesamtüberschusses der Zahlungsbilanz der Franc-Zone aus, 1964 zeigte die Handelsbilanz ein Defizit von 113 Mill. \$. Diese krasse Verschlechterung im Handel mit dem Währungsausland ergab sich daraus, daß die Importe von 1962 bis 1964 stärker gestiegen sind (rund 44 vH) als die Exporte (fast 30 vH). Ausschlaggebend hierfür war die kräftige inländische Einkommens- und Konsumexpansion sowie die relativ ungünstige Preisentwicklung in Frankreich im Vergleich zu derjenigen in seinen wichtigsten Konkurrenzländern.

Die Expansion der inländischen Nachfrage hatte insbesondere eine Ausdehnung der Einfuhr von Industrierzeugnissen zur Folge, deren Anteil am

Gesamtimport von rund 45 vH (1962) auf rund 50 vH (1964) anstieg, wobei die industriellen Konsumgüter von allen Warenkategorien die höchsten Wachstumsraten aufwiesen. Besonders stark nahmen die Importe aus der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten zu. Der Abbau der Zölle und Handelsbeschränkungen gegenüber den EWG-Partnern brachte eine weitere Konzentration der französischen Einfuhren auf den EWG-Raum und bewirkte zusammen mit der starken Anhebung des französischen Preisniveaus, daß 1964 erstmals ein Defizit im Warenhandel mit dieser Ländergruppe auftrat.

Der Rückgang der Devisenüberschüsse aus der Dienstleistungsbilanz ist auf das starke Ansteigen der Ausgaben im Reiseverkehr sowie auf den zunehmenden Transfer von Arbeitseinkommen infolge der wachsenden Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte zurückzuführen.

Die Kapitalbilanz

Dem negativen Einfluß, den die Leistungsbilanz in den vergangenen Jahren auf den Zahlungsbilanzsaldo der Franc-Zone ausübte, wirkte eine erhebliche Verbesserung der Kapitalbilanz entgegen: Während 1962 Kapital in Höhe von 358 Mill. \$ netto exportiert wurde, zeigte die Kapitalbilanz 1964 einen Überschuß von 236 Mill. \$. Diese Entwicklung ergab sich bei erhöhten Überschüssen in der Bilanz der langfristigen privaten Kapitaltransaktionen vor

¹⁾ In den hier erwähnten Teilbilanzen werden nur die Transaktionen des französischen Mutterlandes erfaßt. Die Ergebnisse der Auslandsgeschäfte der überseeischen Franc-Zonenstaaten erscheinen als Saldo in der Rubrik „Überseegebiete“

allem infolge eines starken Rückgangs im öffentlichen Netto-Kapitalexport.

In der Zunahme der privaten Kapitalimporte aus dem Ausland, die 1964 besonders stark gewesen ist, spiegelt sich das Bestreben des Auslands wider, in der bis 1964 rasch expandierenden französischen Wirtschaft direkte Investitionen durchzuführen. Von Bedeutung war jedoch ebenfalls der Kapitalbedarf bereits in Frankreich bestehender ausländischer Unternehmungen sowie der Wunsch ausländischer Firmen, durch exportfördernde Investitionen ihren Warenabsatz im EWG-Raum zu erhöhen.

An der regionalen Verteilung des langfristigen Kapitalimports, über die lediglich bis 1963 Angaben vorliegen, fällt auf, daß der Anteil des direkt importierten amerikanischen Kapitals, der 1962 rund 30 vH betragen hatte, 1963 erheblich zurückgegangen ist (20 vH). Die Statistik läßt allerdings die Bedeutung der Investitionen amerikanischen Ursprungs zu gering erscheinen, da ein Teil der Kapitaltransaktionen über dritte europäische Länder, namentlich die Schweiz, durchgeführt wird. Der auf die EWG-Staaten entfallende Anteil belief sich 1962 auf 23 vH; 1963 war dieser Anteil mit 27 vH höher als derjenige der USA. Neuere Schätzungen des französischen Industrieministeriums, denen jedoch andere Abgrenzungen zugrunde liegen, veranschlagen den Betrag des in Frankreich bis Ende 1964 insgesamt investierten ausländischen Kapitals auf etwa 5 Mrd. \$, wobei der amerikanische Anteil mit rund 50 vH angegeben wird.

Die Veränderung in dem Saldo der öffentlichen langfristigen Kapitalbewegungen ist weniger auf die Entwicklung der Nettoinvestitionen im Währungsausland als auf die Schuldenpolitik der französischen Regierung zurückzuführen. Bei dem Zahlungsbilanzposten der öffentlichen Kapitalleistungen für Investitionszwecke ist zu beachten, daß die hier ausgewiesenen Beträge nicht annähernd die Höhe der tatsächlichen Kapitalbewegungen widerspiegeln, da Frankreich den weitaus größten Teil seiner Entwicklungshilfe den überseeischen Ländern der Franc-Zone zukommen läßt und die Transaktionen innerhalb der Franc-Zone nicht in der Zahlungsbilanz erfaßt werden. Dagegen schlägt sich die bereits 1961 begonnene und in den beiden folgenden Jahren fortgesetzte vorzeitige Tilgung der langfristigen Auslandsschulden voll in dem Saldo der Kapitalbilanz nieder, wobei es sich um antizipierte Rückzahlungen und Rückkäufe von Jahresraten der in den Jahren 1945 bis 1947 aufgenommenen Kredite bei der Weltbank bzw. bei der amerikanischen Export-Importbank handelt. 1962 waren die vorzeitigen Schuldentilgungen mit

583 Mill. \$ — gegen 281 Mill. \$ im Jahre 1963 — besonders hoch.

Wirtschaftspolitische Konsequenzen

Die Beunruhigung der französischen Regierung ist vornehmlich auf die Verschlechterung der Leistungsbilanz, aber auch auf die hohen privaten Nettokapitalimporte zurückzuführen. Ohne die außerordentlichen Ausgaben für die Tilgung von Auslandsschulden hätte der Überschuß der Devisenbilanz in den Jahren 1962 und 1963 1244 Mill. \$ bzw. 1125 Mill. \$ betragen. Da im vergangenen Jahr keine vorzeitigen Rückzahlungen erfolgten, ist es sinnvoller, den Zahlungsbilanzsaldo von 1964 mit diesen Ergebnissen, statt mit denjenigen zu vergleichen, die in den Jahren 1962 und 1963 tatsächlich erzielt worden sind. In dem Rückgang des Zahlungsbilanzüberschusses auf 646 Mill. \$ offenbart sich dann deutlich die Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Situation Frankreichs. Überdies ist noch zu beachten, daß die Devisenzugänge aus den Geschäften der überseeischen Franc-Zone mit dem Währungsausland ein stärkeres Absinken des Gesamtsaldos verhinderten; diese Gebiete trugen — nicht zuletzt aufgrund steigender Rohstoffpreise — mit 260 Mill. \$ im Jahre 1964 fast doppelt so viel zum gesamten Zahlungsbilanzüberschuß der Franc-Zone bei wie 1962.

Wenn sich die Tendenz zur Verschlechterung der Leistungsbilanz fortsetzen sollte, wäre Frankreich künftig zum Ausgleich seiner Zahlungsbilanz auf die Überschüsse aus den Auslandstransaktionen der überseeischen Gebiete, insbesondere aber auf Kapitalzuflüsse aus dem Ausland angewiesen. Ein Zahlungsbilanzausgleich durch Kapitalimporte kann für Frankreich als industrialisiertes Land, das langfristig im Interesse der Förderung der Entwicklungsländer — auch außerhalb der Franc-Zone — per Saldo Kapital exportieren sollte, nicht befriedigend sein. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß jeder Kapitalimport für eine entwickelte Volkswirtschaft nachteilig sei. Im Gegenteil, durch Investitionen ausländischer Unternehmungen kann ein Land aus dem technischen Fortschritt seiner Partnerländer Gewinn ziehen, indem neue Produktions-, Organisations- und Absatzmethoden eingeführt und die einheimischen Unternehmer zu größeren Rationalisierungsanstrengungen gezwungen werden.

Die französische Regierung wendet sich gegen den ständigen Zufluß ausländischen Kapitals — insbesondere amerikanischen Ursprungs —, weil sie neben der Abhängigkeit vom Auslandskapital eine „Überfremdung“ der Wirtschaft fürchtet; sie hat daher eine internationale Kontrolle der Kapitalbewegungen befürwortet und macht schon jetzt

einen Teil der ausländischen Investitionen in Frankreich genehmigungspflichtig. Das Ziel ist die Einschränkung des Kapitalzufflusses und eine langfristig überschüssige — zumindest aber ausgeglichene — Leistungsbilanz. Darauf weist auch die Einleitung der groß angelegten Exportförderungskampagne im April dieses Jahres und die vorgesehene Förderung der Fremdenverkehrs-Industrie hin sowie das Festhalten an dem Primat der Geldwertstabilität, sogar um den hohen Preis einer wesentlichen Wachstumsverlangsamung.

Ausblick

Die Erfolge der im September 1963 begonnenen Stabilisierungspolitik werden sich zweifellos in diesem Jahr in der Leistungsbilanz bemerkbar machen. Bei verringertem Anstieg der inländischen Nachfrage und des inländischen Preisniveaus hat sich bereits im Laufe des Jahres 1964 eine Tendenz zur Verlangsamung im Wachstum der Einfuhren durchgesetzt, die im ersten Halbjahr 1965 sogar in eine Stagnation übergegangen ist. Aufgrund der gegenwärtigen Schwäche der wirtschaftlichen Aktivität in Frankreich, die 1965 eine jährliche Wachstumsrate des realen Sozialprodukts von höchstens 2—2,5 vH erwarten läßt, ist damit zu rechnen, daß sich die Einfuhren 1965 nur sehr geringfügig erhöhen werden. Dagegen hat sich im zweiten Vierteljahr 1965 der Anstieg der Ausfuhren beschleunigt; das Ausfuhrniveau vom entsprechenden Vorjahrszeitraum wurde um 12,7 vH überschritten

gegenüber 8 vH im ersten Quartal. Im Hinblick auf die anhaltend gute Konjunktur in den Hauptabnehmerländern Frankreichs sowie auf die Erholungstendenzen in der italienischen Wirtschaft erscheinen die Aussichten für die französischen Exporte günstig, so daß eine Steigerung von 10—12 vH im laufenden Jahr und damit ein Überschuß in der Handelsbilanz nicht ausgeschlossen ist.

Eine Vorhersage über die Entwicklung der Kapitalbilanz ist insbesondere hinsichtlich der privaten Kapitalbewegungen außerordentlich schwierig. Immerhin ist damit zu rechnen, daß die Kapitalimporte aus den Vereinigten Staaten aufgrund der amerikanischen Zahlungsbilanzpolitik zurückgehen werden. Jedoch wird sich diese Verminderung in Grenzen halten, da sowohl die bereits begonnenen Investitionsprojekte als auch der Kapitalbedarf der schon in Frankreich bestehenden Unternehmen die Aufrechterhaltung eines gewissen Zustroms amerikanischen Kapitals gewährleisten. Der Überschuß in der gesamten Kapitalbilanz dürfte aber 1965 auch insofern geringer ausfallen, als die Regierung die vorzeitige Tilgung der Auslandsschulden fortgesetzt und weitere 178,6 Mill. \$ von dem 1945 aufgenommenen Darlehen an die amerikanische Export-Importbank zurückgezahlt hat. Unter diesen Umständen erscheint es möglich, daß trotz der vermutlich eintretenden Verbesserung der Leistungsbilanz der Zahlungsbilanzsaldo Frankreichs im laufenden Jahr das Ergebnis von 1964 nur leicht übertreffen wird.